

7/SN-145/ME

Amt/ der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300067/7 - Gr  
-----

Linz, am 29. Mai 1985

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über militärische Sperrgebiete geändert wird;  
Entwurf - Stellungnahme

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl. 34	-GE/19.85
Datum:	3. JUNI 1985
Verteilt	3685 über

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 W i e n  
-----

*St. Stanzl*

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung versandten Gesetzentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

25 Beilagen  
-----

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Rey*

**Amt der o.ö. Landesregierung**Verf(Präs) - 300067/7 - Gr  
-----

Linz, am 29. Mai 1985

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über militärische Sperrgebiete geändert wird;  
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ 10 045/129-1.2/85 vom 18. April 1985

An das

Bundesministerium für  
Landesverteidigung

Franz Josefs-Kai 7 - 9  
1011 W i e n  
-----

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der do. Note vom 18. April 1985 versandten Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Anlässlich der vorgesehenen Novellierung des Gesetzes über militärische Sperrgebiete sollte die Forderung B 3 des Forderungsprogrammes der Bundesländer 1976 erfüllt werden. Demnach sollen vom Verbot des Betretens militärischer Sperrgebiete für die Vornahme von Amtshandlungen nicht nur Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion, sondern auch andere Organe des Landes und der Gemeinden ausgenommen werden. Auf die im Forderungsprogramm 1976 enthaltene Begründung und auf den dort unterbreiteten Formulierungsvorschlag wird verwiesen.

In diesem Zusammenhang kann nicht übersehen werden, daß zu § 4 Abs. 2 leg.cit. auch in der rechtswissenschaftlichen Li-

- 2 -

teratur (Pernthaler, Militärisches Sperrgebiet und Naturschutz, ZfV 1977, 1 ff.) wohlfundierte ablehnende Kritik geäußert wurde. Der von Pernthaler (a.a.O.) vorgetragenen Anregung, daß das Gesetz über militärische Sperrgebiete (im Sinne der wechselseitigen Bedachtnahme der Gesetzgeber auf die Aufgabenbereiche der gegenbeteiligten Gebietskörperschaften) anordnen müßte, daß bei der Festlegung der räumlichen Lage und des Ausdehnungsbereiches militärischer Sperrgebiete auf die Interessen des Naturschutzes Bedacht zu nehmen ist, ist - unter Erweiterung dieser Anregung auf sämtliche bedeutsame sachlich in Betracht kommende Interessen, die von der Landesvollziehung oder den Gemeinden (im eigenen Wirkungsbereich) wahrzunehmen sind - vorbehaltlos beizupflichten.

Der übermittelte Novellenentwurf selbst gibt lediglich zur Anregung Anlaß, daß erwogen werden könnte, im § 2 Abs. 1 und 3 neben den Gemeinden auch die örtlich berührten Bezirksverwaltungsbehörden anzuführen.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

